

 **Bundeskanzleramt**

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.491.230

Wien, am 6. September 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mühlberghuber, Kolleginnen und Kollegen haben am 6. Juli 2022 unter der Nr. **11615/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Diskriminierung von LGBTIQ-Personen“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

1. *Wie viele Personen waren in Österreich im Jahr 2021 bzw. bis Ende Juni 2022 offiziell der LGBTIQ-Bewegung angehörig?*
2. *Wie viele davon waren Jugendliche (bis 18 Jahre)?*

Die sexuelle Orientierung wird in offiziellen Statistiken Österreichs nicht erfasst.

Zu den Fragen 3 bis 7:

3. *Gab es im Jahr 2021 bzw. bis Ende Juni 2022 gemeldete Fälle von Diskriminierung aufgrund einer LGBTIQ-Zugehörigkeit?*
4. *Wenn ja, wie viele?*
5. *In welchen Bereichen fand die Diskriminierung statt?*

6. *Wo gibt es Fälle von Diskriminierung in der Privatwirtschaft?*
7. *Wo gibt es Fälle von Diskriminierung im öffentlichen Dienst?*

Im gegenständlichen Zeitraum gab es im Senat II der Gleichbehandlungskommission für die Privatwirtschaft, zuständig für die Gleichbehandlung in der Arbeitswelt ohne Unterschied der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Orientierung, einen Antrag und zwar im Jahr 2021 wegen mutmaßlicher Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung.

In demselben Zeitraum gab es vor der Bundes-Gleichbehandlungskommission keinen Antrag zu gegenständlichem Thema.

Zu den Fragen 8 und 9:

8. *Gibt es Fälle von Diskriminierung in Ihrem Ministerium?*
9. *Wenn ja, welche Formen der Diskriminierung wurden gemeldet?*

Für Beschwerden durch Bundesbedienstete darf grundsätzlich auf die Gleichbehandlungsberichte des Bundes gemäß § 12a Bundes-Gleichbehandlungsgesetz verwiesen werden, die unter <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichbehandlung/gleichbehandlungsberichte/gleichbehandlungsberichte-des-bundes.html> abrufbar sind. Hinsichtlich der Jahre 2020 und 2021 darf darauf hingewiesen werden, dass der Gleichbehandlungsbericht 2022 derzeit erarbeitet wird.

Darüber hinaus sind in den im Bundeskanzleramt zuständigen Stellen für allfällige Beschwerden bei möglichen Ungleichbehandlungen keine Fälle von Diskriminierung im Sinne der Anfrage anhängig geworden.

Zu den Fragen 10 bis 12:

10. *Erhalten LGBTIQ-Zugehörige bei Bedarf Unterstützung von Ihrem Ministerium?*
11. *Wenn ja, in welcher Form?*
12. *Wenn ja, wie viele Personen haben um welche Art von Unterstützung im Jahr 2021 bzw. bis Ende Juni 2022 angesucht bzw. erhalten?*

Die Beratungsstellen, die vom Bundeskanzleramt gefördert werden, bieten selbstverständlich Hilfestellung bei jeder Form von Diskriminierung und sind hier kompetente Anlaufstellen. Gleichzeitig ist die Arbeit der Gleichbehandlungskommission

und der Gleichbehandlungsanwaltschaft unverzichtbar wenn es um die Wahrung der Rechte Betroffener geht.

Darüber hinaus darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6203/J vom 9. Juni 2021 verweisen.

Zu den Fragen 13 und 14:

- 13. Wenn nein, welches Ministerium bzw. welche anderen öffentlichen Stellen sind für LGBTQ-Zugehörigen im Falle einer Diskriminierung zuständig?*
- 14. Gibt es eine interministerielle Zusammenarbeit zur Verhinderung der Diskriminierung von LGBTQ-Zugehörigen?*

Der Schutz vor Diskriminierung ist eine Querschnittsmaterie, die sich in unterschiedlichen Zuständigkeiten auf Bundes- und Landesebene wiederfindet und die Mitwirkung aller Ressorts, Länder und der Zivilgesellschaft erfordert.

Das Bundeskanzleramt, Sektion für Frauenangelegenheiten und Gleichstellung ist in entsprechenden Arbeitsgruppen vertreten. Ein Austausch findet jedenfalls auf Verwaltungsebene unter anderem mit dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, dem Bundesministerium für Inneres und dem Bundesministerium für Justiz statt.

MMag. Dr. Susanne Raab

